

Rohstoff- und Entwicklungsfragen : ausserordentliche Vollversammlung der UNO (9. April bis 2. Mai)

Autor(en): **Wicke, Berthe**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **68 (1974)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142358>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Entwicklungsfinanzierung mit Öl

Die Zeit der sinnlosen Hortung arabischer Öleinnahmen ist vorbei. Schon 1971 wurde mit einem Kapital von 100 Mio Kuwaiti Dinar (zirka 1 Mia. Fr.) der arabische Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung gegründet. Hauptpartner mit einer Beteiligung von 30 Prozent ist Kuwait. Fünfzehn weitere arabische Länder in Nordafrika, im Nahen Osten und am persisch-arabischen Golf sind inzwischen beigetreten. Zu den Projekten, die aus diesem Fonds finanziert werden, kommen andere, für die sich Kuwait schon seit Jahren als bilateraler Darlehensgeber zur Verfügung gestellt hat.

Einen Schritt weiter führt das von der OECD erarbeitete «Dreiecksmodell», nach dem wesentliche Teile der arabischen Erdölmilliarden in Länder der Dritten Welt investiert würden, um diese gegenüber den Industrienationen zahlungsfähig zu machen, ohne daß sie auf deren Kredite angewiesen wären. Ob die arabischen Ölstaaten zur Bildung einer solchen solidarischen Interessengemeinschaft bereit sind, wird sich zeigen müssen. Leider gibt es auf der nördlichen Hemisphäre wenig Vorbilder, an die sie sich für das eigene Denken und Handeln in dieser Richtung halten könnten.

Damit wird die Ölkrise zur eindrucklichen Demonstration für die dringende Notwendigkeit, Entwicklungshilfe als das zu verstehen und zu verwirklichen, was sie immer hätte sein sollen: ein Ausdruck der Solidarität mit denen, die unter politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen leiden.

Peter Braunschweig
Informationsdienst Dritte Welt

Rohstoff- und Entwicklungsfragen

Außerordentliche Vollversammlung der UNO 9. April bis 2. Mai

Um es vorwegzunehmen: die bis zuletzt berechtigten Befürchtungen, die Konferenz könnte ohne Resultat auseinandergehen, wurden am 2. Mai widerlegt, indem eine Deklaration und ein Aktionsprogramm zustande kamen. Die vom algerischen Präsidenten Boumedienne vorgeschlagene Konferenz zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung hat nun doch durch «Konsens» die Proklamierung der beiden Dokumente ermöglicht. Diese schaffen die Probleme nicht aus der Welt, doch zeigen sie den einzuschlagenden Weg und machen die allgemeine Interdependenz sichtbar, die es den einzelnen Staaten nicht erlaubt, ihre Entscheidungen nur im nationalen Interesse zu fällen. Nicht

allein die Tatsache, daß die Beschlüsse nur empfehlend und nicht verpflichtend sind, dämpft die Hoffnung auf eine wirkliche Lösung der Probleme, sondern vor allem auch der Umstand, daß eine Macht, deren Aktionsfähigkeit über diejenige aller einzelnen Staaten hinausgeht, an der Unokonferenz nicht vertreten war: die multinationalen Konzerne, die durch ihre global koordinierte Strategie jedem autonom entscheidenden Nationalstaat überlegen sind. Solange die Industriestaaten, die in den vergangenen Monaten die zerstörende Macht der Multinationalen am eigenen Leibe erfahren mußten (sofern sie nicht einfach die Ölscheichs dafür verantwortlich machten), nicht von der Notwendigkeit der Beschränkung der Freiheit der Konzerne überzeugt sind, werden sie auch die Forderung der Entwicklungsländer auf Unterbindung ihrer Einmischung nicht unterstützen. Damit zusammen hängen auch die Forderungen, frei über eigene Naturvorkommen verfügen zu dürfen und die Entschädigung für nationalisiertes Eigentum ausschließlich aufgrund der nationalen Gesetzgebung festzusetzen. Die Einsicht, daß eine Regelung der Rohstoffpreise notwendig ist, besteht, doch warnen besonders die USA vor Kartellbildungen (Quod licet Jovi, non licet bovi!). Ferner will man sich für Lösungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, der Energie- und Lebensmittelversorgung und der Währungsstabilität einsetzen.

Die Tatsache, daß für die fünfundzwanzig finanzschwächsten Staaten eine Soforthilfeaktion eingeleitet wurde, ist eines der positiven Resultate der Konferenz, obwohl damit nicht Weichen gestellt werden, wie es ihr Ziel war. Es wurde die Bildung eines Sonderfonds vorgesehen, mit dem spätestens im Januar 1975 die Hilfe zum Einsatz kommen sollte. Generalsekretär Waldheim hat im Anschluß an die Konferenz die ihm zufallenden Aufgaben in Angriff genommen in einem Planungsgespräch mit dem Generalsekretär der UNCTAD, dem Präsidenten der Weltbank, dem Direktor des Internationalen Währungsfonds und dem Administrator des Entwicklungsprogramms der UNO. Das grüne Licht, das die Versammlung ihm dafür gegeben hat, ist der kleine Funke Hoffnung, daß — mühsam und mit Widerständen — die Richtung auf eine Weltinnenpolitik eingehalten wird. Berthe Wicke

Im selben Augenblick, da ein System aufhört, das Gemeinwohl zu garantieren und die Interessen einiger weniger begünstigt, hat die Kirche die Pflicht, nicht nur die Ungerechtigkeit anzuklagen, sondern hat sich auch von dem ungerechten System zu trennen.

Botschaft der Bischöfe der Dritten Welt (1967)
